

## ISLAND – EIN WIDERSPENSTIGER EU-BEITRITTSKANDIDAT

*Björn Bjarnason*

Island hat einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union gestellt, in einem Brief vom 16. Juli 2009. An demselben Tag verabschiedete das isländische Parlament, das Althing, eine EntschlieÙung, mit der die Regierung dazu ermächtigt wurde, einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft zu stellen und nach Beendigung der Verhandlungen mit der Union eine Volksbefragung über einen zukünftigen Beitrittsvertrag abzuhalten. Es wurde zudem beschlossen, dass sich die Regierung bei ihrer Vorbereitung und der Organisation der Verhandlungen im Hinblick auf das methodische Vorgehen und auf Angelegenheiten von grundlegendem Interesse an der mehrheitlichen Auffassung des Außenpolitischen Ausschusses des Althing orientiert.

Am 24. Februar 2010 empfahl die Europäische Kommission die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Island. Sie erkannte dabei das Bekenntnis Islands zu gemeinsamen Werten der Union wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Einhaltung der Menschenrechte an. Die Kommission erklärte, dass Island, um Mitglied der Union zu werden, die vom Europäischen Rat 1993 in Kopenhagen festgelegten politischen und wirtschaftlichen Kriterien erfüllen und die gesamte EU-Gesetzgebung, den Acquis, übernehmen müsse. Durch seine Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) hatte Island bereits einen beträchtlichen Teil des Acquis angenommen. Als EWR-Mitgliedstaat hatte sich Island seit mehr als 15 Jahren am Binnenmarkt beteiligt. Im Jahre 2001 war es dem Schengener Abkommen beigetreten.

Der Bericht der Kommission nannte Bereiche, in denen die isländischen Behörden zur Anpassung an die EU-Gesetzgebung ernsthafte Anstrengungen unternehmen sollten, insbesondere das Fischereiwesen, die Landwirtschaft und



Björn Bjarnason ist isländischer Politiker, Rechtsanwalt, Journalist und Blogger. Er war Mitglied des Parlaments (1991-2009), Minister für das Erziehungswesen, Kultus und Wissenschaft (1995-2002) sowie Minister der Justiz und für kirchliche Angelegenheiten (2003-2009). Heute ist er Herausgeber von *Evrópuvaktin*.

**Der Europäische Rat beschloss am 17. Juni 2010, die Beitrittsverhandlungen mit Island zu eröffnen.** die Entwicklung des ländlichen Raumes, die Umwelt, den freien Verkehr von Kapital und Finanzdienstleistungen. Am 17. Juni begrüßte

der Europäische Rat die Aussagen der Kommission zum Antrag Islands und die Empfehlung, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Er stellte fest, dass Island die 1993 in Kopenhagen festgelegten Kriterien erfülle, und beschloss, die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen.

Eine Erklärung vom 21. Juni 2011 bilanzierte die Fortschritte des Beitrittsprozesses, der im November 2010 begonnen hatte. Fachleute aus Island und der Europäischen Union verglichen und untersuchten die Gesetzgebung in allen 33 wesentlichen Punkten der Beitrittsverhandlungen. Es wurde festgestellt, dass Island aufgrund seiner EWR-Mitgliedschaft bereits 21 Punkte des Acquis teilweise oder gänzlich umgesetzt hatte. Die hauptsächlichen Unterschiede in der Gesetzgebung zwischen Island und der EU fanden sich in Bereichen, die von den Bestimmungen des EWR nicht erfasst werden, wie Fischerei, Landwirtschaft, Regionalpolitik, Umwelt- und Geldpolitik.

Am 27. Juni 2011 wurden in Brüssel auf einer ersten Regierungskonferenz Gespräche über vier Verhandlungskapitel eröffnet und sogleich zwei davon abgeschlossen. Am 12. Dezember 2011 wurde zwischen Island und der EU die dritte Beitrittskonferenz auf Ministerebene abgehalten. Es fanden Diskussionen zu fünf Kapiteln statt, von denen vier vorübergehend abgeschlossen wurden. Ein Drittel aller Kapitel war seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen Ende Juni 2011 bereits eröffnet worden. Ein Viertel der Kapitel war vorübergehend abgeschlossen.

Diese Chronologie zeigt den formellen Verlauf der Verhandlungen zwischen Island und der EU. Wer sie liest, könnte annehmen, dass alles wie von selbst auf eine zufriedenstellende Lösung der ausstehenden Fragen zulaufe. Dieser Schluss ist insofern richtig, als nichts verlaublich war, was einen Hinweis auf irgendwelche Hürden auf Islands Weg zur EU-Mitgliedschaft geben würde.

Die isländische Regierung jedoch ist in der Frage der Mitgliedschaft gespalten. Die Hälfte der acht Minister des Kabinetts spricht sich dagegen aus. Was die Koalition der

Mitte-links-Regierung aus sozialdemokratischer Allianz (Samfylkingin) und Links-Grüner Bewegung (Vinstrihreyfingin – grænt framboð) in ihrer Haltung zur EU eint, ist der Gedanke, Island solle Sondierungsgespräche mit der EU führen, um auszuloten, welche Arten von Übereinkommen erreicht werden können. Wird ein vertretbares Ergebnis erzielt, soll darüber in einer Volksbefragung abgestimmt und damit die Entscheidung den Bürgern überlassen werden. Die Links-Grüne Bewegung erklärt, sie lehne, unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen, eine Mitgliedschaft ab.

Die Haltung der Parteien spiegelt die Meinung der Isländer wider: Nach einer Ende Januar 2012 im Auftrag des Isländischen Industrieverbands durchgeführten Capacent Gallup-Umfrage sind 56,2 Prozent der Isländer gegen eine EU-Mitgliedschaft, 26,3 Prozent sind dafür und 17,5 Prozent haben dazu keine Meinung. Bei einer Volksabstimmung würden 67,4 Prozent mit Nein und 32,6 mit Ja stimmen. Von 1.350 Befragten antworteten auf die Frage, ob der Antrag auf EU-Mitgliedschaft zurückgezogen werden solle, 43,6 Prozent mit Ja, jedoch 42,6 Prozent mit Nein.<sup>1</sup>

**56,2 Prozent der Isländer sind gegen eine EU-Mitgliedschaft, 26,3 Prozent sind dafür und 17,5 Prozent haben dazu keine Meinung.**

Durch den Antrag Islands wird der EU-Erweiterungsprozess erstmals am Beispiel eines EWR- und Schengen-Staates erprobt. Während Eröffnung und Abschluss vieler Kapitel eine bloße Formsache sind, wurde die Diskussion über schwierige Fragen zur Landwirtschaft, zur Fischerei und zur Geldpolitik auf die Endphase des Beitrittsprozesses verlegt.

## **WIRTSCHAFT**

Obwohl Fischerei und Landwirtschaft nicht Teil des EWR-Regelwerks sind, bewerben sich die Isländer um die EU-Mitgliedschaft unter der Bedingung, dass ihnen besondere Konditionen für ihre Landwirtschaft und Fischerei eingeräumt werden. In ihrer Geschichte hing die isländische Volkswirtschaft sehr stark vom Fischereiwesen ab, das heute 40 Prozent der Exporterlöse ausmacht, mehr als 17,5

1 | „Lítill breyting á viðhorfi til ESB aðildar“ (Wenig Veränderung bei der Meinung zur EU-Mitgliedschaft), SI – The Federation of Icelandic Industries, 22.02.2012, <http://si.is/malaflokkar/althjodlegt-samstarf/frettir-og-greinar-um-althjodamal/nr/9365> [17.04.2012].

Prozent des BIP, und in dem sieben Prozent aller Beschäftigten arbeiten. Die isländische Volkswirtschaft hat sich zu einer energieintensiven Industrie entwickelt, die hauptsächlich Aluminiumproduktion, verarbeitende Industrie und Dienstleistungen insbesondere in den Bereichen Softwareerzeugung, Biotechnologie und Tourismus umfasst.

Reiche Vorkommen an Erdwärme- und Wasserkraft haben beträchtliche ausländische Investitionen im Aluminiumsektor angezogen; Rio Tinto, Alcoa und Century Aluminum (eine US-amerikanische Gesellschaft) besitzen Aluminiumhütten in Island. Der Bereich trägt nun, ebenso wie die Fischerei, fast 40 Prozent zu Islands Exporterlösen und nahezu sieben Prozent zum BIP bei und beschäftigt 2,7 Prozent der Arbeitnehmer.

Ein Großteil des isländischen Wirtschaftswachstums bis Ende 2008 wurzelte in der Binnennachfrage als eine Folge der Ausdehnung des einheimischen Finanzsektors. Isländische Banken expandierten nach der Privatisierung des Bankenwesens in den späten 1990ern und frühen 2000ern rasch auf ausländischen Märkten. Vor der Krise von 2008 zählte das isländische BIP pro Kopf zu den drei höchsten der Welt. Das Engagement isländischer Banken im Ausland, deren Anleihen und andere Kapitalanlagen das BIP des Landes um mehr als das zehnfache überstiegen, wurde unhaltbar. Die drei größten Banken des Landes brachen im Oktober 2008 zusammen, was zu einer Finanzkrise sowie wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen führte.

**Die drei größten Banken des Landes brachen im Oktober 2008 zusammen, was zu einer Finanzkrise sowie wirtschaftlichen und politischen Umbrüchen führte.**

## **DIE BANKENKRISE**

Die Bankenkrise führte zu einer sozialen und politischen Krise, die noch immer die isländische Gesellschaft und das politische Leben beherrscht und die den seinerzeit amtierenden Ministerpräsidenten Geir H. Haarde vor Gericht brachte. Die Anklage lautete, er habe nicht genügend dafür getan, das Land gegen das Missmanagement der Banken bei der Ausdehnung ihrer Kreditvergabepraktiken zu schützen, mit der sie das Land in eine finanzielle Katastrophe stürzten. Haarde wurde 2010 von einem in dieser Frage gespaltenen Althing angeklagt und beschuldigt, die Gesetze zur ministeriellen Verantwortlichkeit verletzt zu

haben. Der Landsdómur-Prozess endete am 23. April 2012 mit dem Freispruch für den ehemaligen Ministerpräsidenten in allen Hauptanklagepunkten. Das Gericht kam zwar zu dem Schluss, er habe es versäumt, Kabinettsitzungen einzuberufen, um darin über die Möglichkeit einer Bankenkrise zu informieren. Eine juristische Strafe habe er dafür jedoch nicht zu erwarten. Damit ist er ein freier Mann.

Rückblickend ist gesagt worden, dass es, um den Zusammenbruch der isländischen Banken zu vermeiden, vielleicht das Sicherste gewesen wäre, ihnen für ihre Aktivitäten von vornherein strengere Auflagen zu erteilen als es bei den Finanzinstituten anderer EWR-Länder geschehen ist; mit anderen Worten, ihnen die im EWR-Abkommen niedergelegten Rechte vorzuenthalten.

**Die Banken nutzten die überaus vorteilhaften Bedingungen dazu, ihre Geschäftstätigkeit rascher auszudehnen als es angesichts der Entwicklung längerfristig tragbar war.**

Wäre das erfolgt, wäre Island kein echter Teilnehmer am Binnenmarkt der Europäischen Union geworden. Die Banken nutzten die überaus vorteilhaften Bedingungen dazu, ihre Geschäftstätigkeit rascher auszudehnen als es angesichts der Entwicklung der Dinge längerfristig tragbar war. Aufgrund ihrer relativen Größe waren die isländischen Banken selbst bei nur mäßig ungünstigen Entwicklungen verwundbarer als viele andere Unternehmen.

Anfang Oktober 2008 verabschiedete das Althing eine Notverordnung, welche die isländische Finanzaufsichtsbehörde dazu ermächtigte, die Geschäftstätigkeit der Banken zu übernehmen. Den Behörden blieb nichts anderes übrig, als unmittelbar nach dieser Ermächtigung tätig zu werden, die drei großen Banken zu übernehmen und ihre Geschäftstätigkeiten auf zwei Felder aufzuteilen, alte und neue Banken. Die neuen Banken, die von der Regierung geführt wurden, übernahmen das inländische Bankengeschäft, während das Auslandsgeschäft bei den alten Banken verblieb, denen ein Zahlungsmoratorium gewährt wurde.

Nach dem Zusammenbruch der Banken handelte die isländische Regierung einen Bereitschaftskredit des Internationalen Währungsfonds (IWF) aus, der auf einem wirtschaftspolitischen Programm mit drei Hauptzielen beruhte: erstens den Devisenmarkt zu stabilisieren und eine Aufwertung der Isländischen Krone von ihrem seinerzeit außerordentlich niedrigen Stand zu unterstützen; zweitens eine Haushalts-

politik für 2009 und darüber hinaus auszuarbeiten mit dem Ziel, den Schuldenstand auf ein tragbares Niveau zurückzuführen; und drittens das Bankenwesen transparent und in Übereinstimmung mit international anerkannten Praktiken umzugestalten.<sup>2</sup>

Die Krone wurde gegenüber dem Euro um rund die Hälfte ihres Wertes vor der Krise abgewertet, eine Devisenbewirtschaftung wurde eingeführt und Hilfe beim Internationalen Währungsfonds gesucht, wobei am 24. Oktober 2008 ein Abkommen zur finanziellen Unterstützung unterzeichnet wurde. Zum Zeitpunkt des Ausbruchs der Krise im Oktober 2008 war der isländische Staat netto praktisch schuldenfrei. 2011 erreichte Islands Nettoverschuldung 67 Prozent des BIP. Am 27. Oktober richteten Island und der IWF in Reykjavík gemeinsam eine Konferenz auf höchster Ebene aus, um die Einstufung Islands durch das IWF-Programm zu würdigen und die Fragen zu erörtern, die es noch zu lösen galt.

**Im Oktober 2008 war der isländische Staat netto praktisch schuldenfrei. 2011 erreichte Islands Nettoverschuldung 67 Prozent des BIP.**

## **DIE KRISE FÜHRT ZUR EU-MITGLIEDSCHAFTSBEWERBUNG**

In einer Umfrage der Zeitung *Fréttablaðið*, die am 27. Oktober 2008 veröffentlicht wurde, waren 72,5 Prozent dafür, die Krone durch den Euro zu ersetzen, gegenüber 43,8 Prozent im Februar 2008; 68,8 Prozent sprachen sich für einen EU-Beitritt aus gegenüber 55,1 Prozent im Februar 2008.<sup>3</sup> Im November 2008 forderte die sozialdemokratische Allianz (Samfylkingin), seit Mai 2007 Koalitionspartner der Mitte-rechts angesiedelten Unabhängigkeitspartei (Sjálfstæðisflokkur) und ein starker Befürworter einer EU-Mitgliedschaft, die Unabhängigkeitspartei dazu auf, ihre ablehnende Haltung zur Mitgliedschaft in der Union zu überdenken. Dies geschah auch, aber Anfang 2009 wurde deutlich, dass die Basis der Unabhängigkeitspartei mehrheitlich keinerlei Änderung in der EU-Politik ihrer Partei wünschte und gegen eine Mitgliedschaft war. Die Unabhängigkeitspartei war seit

2 | Ingimundur Friðriksson, „The banking crisis in Iceland in 2008“, 06.02.2009, <http://sedlabanki.is/lisalib/getfile.aspx?itemid=6795> [16.04.2012].

3 | „70 prósent vilja ESB og evru“ (70 Prozent befürworten EU und Euro), *Fréttablaðið*, 27.10.2008, 1, [http://timarit.is/view\\_page\\_init.jsp?pageId=4009368](http://timarit.is/view_page_init.jsp?pageId=4009368) [17.04.2012].

Mai 1991 die führende Partei Islands und dabei immer der größere Koalitionspartner entweder der Sozialdemokraten oder der in der politischen Mitte stehenden Fortschrittspartei (Framsóknarflokkur).

Ende Januar 2009 verließ die Allianz die Koalition mit der Unabhängigkeitspartei und bildete am 1. Februar 2011 eine Minderheitsregierung mit der Links-Grünen Bewegung (LG), die bei den Parlamentswahlen am 25. April 2009 eine Mehrheit errang. Diese „rein“ linke Regierung, die erste in Island, ist weiterhin im Amt.

Am 10. Mai 2009 erklärte die Linkskoalition: **„Eine Entscheidung über den Beitritt Islands wird Sache des Volkes sein, das nach Abschluss der Verhandlungen über den Beitrittsvertrag abstimmen wird“, so die Linkskoalition.**

„Eine Entscheidung über den Beitritt Islands zur Europäischen Union wird Sache des isländischen Volkes sein, das nach Abschluss der Beitrittsverhandlungen über den Beitrittsvertrag abstimmen wird. Der Außenminister wird auf der Frühjahrssitzung des Althings einen Parlamentsbeschluss vorstellen, der einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft vorsieht. [...] Die Parteien stimmen darin überein, die unterschiedliche Auffassung der jeweils anderen Partei hinsichtlich einer EU-Mitgliedschaft sowie ihr Recht, diese Ansichten zu vertreten und im Rahmen einer Kampagne dem Wahlvolk ihre Positionen vorzutragen, zu respektieren. Sie behalten sich weitere Schritte in Abhängigkeit vom Ergebnis der Verhandlungen vor, wie dies in einer ähnlichen Lage auch in Norwegen der Fall war.“<sup>4</sup> Auf der Grundlage dieser Erklärung verabschiedete das Althing den Beschluss zum Antrag auf Mitgliedschaft am 16. Juli 2009.

## VERFASSUNGSRAT MIT KLEINEN FEHLERN

In einer neueren Entschliebung des EU-Parlaments (14. März 2012) zum Fortschrittsbericht 2011<sup>5</sup> wird Island als ein „Land mit einer weit in die Geschichte zurückreichenden

4 | Büro der Premierministerin, „Government Coalition Platform of the Social Democratic Alliance and Left-Green Movement“, 19.05.2009, <http://eng.forsaetisraduneyti.is/news-and-articles/nr/3730> [16.04.2012].

5 | Europäisches Parlament (Hrsg.), „Entschliebung des Europäischen Parlaments vom 14. März 2012 zu dem Fortschrittsbericht 2011 über Island“, The Legislative Observatory of the European Parliament, <http://europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT//TA+P7-TA-2012-0084+0+DOC+XML+V0//DE> [16.04.2012].

und starken demokratischen Tradition und staatsbürgerlichen Kultur“ bezeichnet und seine „engen historischen Bande“ mit Nordeuropa sowie die „erfolgreiche europäisch-atlantische Zusammenarbeit, die seit über 60 Jahren besteht,“ hervorgehoben. Das EU-Parlament „nimmt mit Genugtuung die Schaffung des Verfassungsrats und die derzeitige Überarbeitung der isländischen Verfassung zur Kenntnis, die das Ziel hat, die demokratischen

**Das EU-Parlament „begrüßt die Bemühungen um die Stärkung der Rolle und der Effektivität des Isländischen Parlaments, indem [...] die Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens gestärkt“ wird.**

Garantien zu festigen, die Gewaltenteilung zu stärken, die Arbeitsweise der Staatsorgane zu verbessern und die jeweiligen Aufgaben und Befugnisse besser festzulegen; begrüßt die Bemühungen um die Stärkung der Rolle und der Effektivität des Isländischen Parlaments (Alþingi), indem seine Aufsichtsfunktion und die Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens gestärkt werden.“ Diese Erklärung ist als Unterstützung für die Haltung der isländischen Regierung zu lesen, und sie ist sicher gut gemeint. Aus Sicht der Opposition erscheint sie jedoch sonderbar, da im Althing bezüglich des Verfassungsrates keine Einmütigkeit herrscht, weder im Hinblick auf seine Schaffung noch auf seine Tätigkeit.

Tatsächlich hat der Oberste Gerichtshof Islands die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung vom November 2010 aufgrund technischer Fehler für ungültig erklärt. Um ihr Gesicht zu wahren, entschied die Regierung mit mehrheitlicher Unterstützung des Althings, die 25 Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung, deren Wahl laut Oberstem Gerichtshof ungültig war, zum Verfassungsrat zu ernennen, und setzte sich damit über das Oberste Gericht hinweg. Der Rat sandte seine Vorschläge im Sommer 2011 an das Althing. Dieses berät darüber, ob es über die Vorschläge des Rates im Sommer 2012 ein Referendum geben soll oder nicht. Der gesamte Prozess wurde von Verfassungsrechtlern stark kritisiert, und in der Tat sind die Vorschläge noch zu unklar, um irgendein Urteil über ihren endgültigen Gehalt abgeben zu können.

## **REGIERUNGUMBILDUNG**

In ihrer Entschließung erwähnen die EU-Parlamentarier die Umbildung der isländischen Regierung am 31. Dezember 2011 und drücken ihre Zuversicht dahingehend aus, dass



die neue Regierung die Verhandlungen über eine Mitgliedschaft mit noch stärkerem und nachhaltigerem Einsatz in Richtung auf den Beitrittsprozess fortsetzt. Am 31. Dezember wurde Jón Bjarnason (Links-Grüne Bewegung) als Minister für Fischerei und Landwirtschaft entlassen. Er hatte sich vehement allen Ersuchen der EU widersetzt, die isländische Landwirtschaft an die EU-Richtlinien heranzuführen, da er eine EU-Mitgliedschaft ablehnte.

Bjarnason wurde als Minister durch den Parteichef der Links-Grünen, Steingrímur J. Sigfússon, ersetzt. Am 13. Februar sagte er im Althing, er betrachte es „in vielerlei Hinsicht als unangebracht“, wie die Außenpolitische Kommission des EU-Parlaments dazu komme, den isländischen Behörden „irgendwelche Anweisungen von außen“ zu geben. Er sagte, es sei unnötig, sich wegen dieser Kommission zu „zanken“ oder sich von deren Tätigkeit „um den Schlaf bringen zu lassen“, da sie über keinerlei „Berechtigung, Befugnis oder Stellung“ verfüge, „uns in irgendeiner Weise zu sagen, was wir zu tun und zu lassen haben“. Der Minister antwortete auf Fragen des Abgeordneten Einar K. Guðfinnsson (Unabhängigkeitspartei), der sagte, die EU-Kommission mische sich in innere Angelegenheiten Islands ein.<sup>6</sup>

**Der Parteichef der Links-Grünen betrachtet es „als unangebracht“, dass die Außenpolitische Kommission des EU-Parlaments den isländischen Behörden „Anweisungen von außen“ gibt.**

Der Berichterstatter zu Island im Europäischen Parlament, Cristian Dan Preda (Europäische Volkspartei), veröffentlichte am 14. Februar 2012 eine Erklärung, in der er auf Sigfússons Äußerungen mit folgenden Worten einging: „Die Umbildung der isländischen Regierung zur Kenntnis zu nehmen bedeutet, dass das Parlament dem, was sich im politischen Leben Ihres Landes abspielt, Beachtung schenkt. Wir haben damit keine bestimmte Haltung gegenüber dieser oder einer anderen Regierung eingenommen. Wir haben lediglich die neue Regierung als neuen Verhandlungspartner begrüßt. Dasselbe würde auch gegenüber jedem anderen Beitrittskandidaten geschehen. [...] Island und die EU blicken auf eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zurück, die in der Mitgliedschaft Islands im Europäischen Binnenmarkt, und nicht nur dort, ihren Ausdruck findet. Ihr Land

6 | Rede von Steingrímur J. Sigfússon im Althing, 13.02.2012, <http://www.althingi.is/altext/raeda/140/rad20120213T151625.html> [17.04.2012].

hat einen tüchtigen Verhandlungsstab, der mit einem vom Althing erteilten Mandat handelt. Andererseits sind unsere Unterhändler sehr gut darauf vorbereitet, die Annahme des EU-Acquis zu gewährleisten.“<sup>7</sup>

Dieser Meinungs austausch zeigt auf, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments weder erkennen noch verstehen, inwieweit sich Island von anderen Beitrittskandidaten unterscheidet: Innerhalb der Regierung gibt es eine tiefe Kluft hinsichtlich der Mitgliedschaft, die von einer fest verwurzelten Abneigung gegenüber der EU seitens eines der Koalitionspartner herrührt. Die zornigen und abweisenden Äußerungen der Parteiführung der Links-Grünen sollten nicht nur als ein Versuch gedeutet werden, die heimische Öffentlichkeit zu beruhigen. Sie sind auch eine Warnung an Brüssel, sich aus der isländischen Innenpolitik herauszuhalten.

**Die Äußerungen der Links-Grünen sollten nicht nur als ein Versuch gedeutet werden, die heimische Öffentlichkeit zu beruhigen. Sie sind auch eine Warnung an Brüssel.**

Die Entschließung des Europäischen Parlaments zeigt jedoch, dass seine Mitglieder sich der Verhältnisse in Island bewusst sind, indem sie „die politische Spaltung innerhalb der Regierung, dem Alþingi und allen wichtigen politischen Kräften Islands in Bezug auf die EU-Mitgliedschaft zur Kenntnis“ nehmen und die „Annahme umfassender Strategien für den Beitritt zur EU in bestimmten Bereichen [...], insbesondere in denjenigen Bereichen, die nicht unter den EWR fallen“, nahelegen.<sup>8</sup>

Die Bereiche Landwirtschaft und Fischereiwesen, die nicht durch den EWR abgedeckt werden, sind in den EU-Verhandlungen die strittigsten Punkte und der Hauptgrund dafür, dass Island 1992 nicht der EU beitrug, als das EWR-Abkommen nach einer langen und angespannten Debatte im Althing von Island unterzeichnet und ratifiziert wurde. Zu diesem Anlass verlautete von der Regierung, dass der EWR

7 | „Íslandsfulltrúi ESB-þingsins: Viðbrögð Steingríms J. reist á misskilningi á ályktun ESB-þingmanna – þeir hafa rétt til að hafa skoðun á aðildarumsókn Íslands“ (Vertreter des Europäischen Parlaments: Steingrímurs Antwort basiert auf einem Missverständnis des Beschlusses der EU-Mitglieder – sie haben das Recht, die isländische Mitgliedschaft zu überprüfen), *Evrópuvaktin*, 15.02.2012, <http://evropuvaktin.is/frettir/22432> [17.04.2012].

8 | Europäisches Parlament, Fn. 5.

nicht der erste Schritt in Richtung einer EU-Mitgliedschaft sei, sondern der letzte. Hätte eine EU-Mitgliedschaft zur Debatte gestanden, wäre Island in dieselbe Lage geraten wie die Schweiz, wo seinerzeit beide Möglichkeiten abgelehnt wurden.

### **DAS INFORMATIONSZENTRUM DER EU**

In ihrer Entschließung stellen die Mitglieder des Europäischen Parlaments mit Befriedigung fest, dass ein großer Teil der isländischen Bevölkerung für eine Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen ist, und begrüßen die Unterstützung der Regierung für eine auf hinreichender Information beruhenden und ausgewogenen Debatte zum Beitrittsprozess sowie die Einbindung der isländischen Bürger in die öffentliche Diskussion über die EU-Mitgliedschaft. Sie sehen zudem in der Eröffnung des Informationszentrums der EU in Island eine Chance für die EU, die Einwohner Islands mit allen denkbaren Informationen über die Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft für ihr Land wie auch die EU selbst zu versorgen. Ein Hauptargument der Befürworter einer EU-Mitgliedschaft ist, dass die Mehrheit der Isländer die Beitrittsgespräche beenden und über das Ergebnis in einem Volksentscheid abstimmen möchte. Angesichts der Meinungsumfragen gelangt man leicht zu dem Schluss, dass unter jenen, die den Gesprächen positiv gegenüber stehen, viele sind, die sie beenden wollen, um dann in einem Volksentscheid mit Nein zu stimmen. Sie wollen die Frage der Mitgliedschaft ein für allemal von der politischen Tagesordnung haben, wie es in Norwegen der Fall war.

Was die von der Regierung unterstützten „auf hinreichender Information beruhenden und ausgewogenen Debatte“ angeht, sollte festgehalten werden, dass es seit der Entfernung Jón Bjarnasons aus dem Ministeramt eine wachsende Spannung zwischen ihm und einigen seiner früheren Amtskollegen gibt. Als Innenminister Ögmundur Jónasson (Links-Grüne) die Wichtigkeit eines raschen Abschlusses der EU-Gespräche unterstrich, reagierte Außenminister Össur Skarphéðinsson (Allianz) verärgert und empfahl Jónasson, sich um das Benehmen der „Wildkatzen“ innerhalb der Links-Grünen Bewegung zu kümmern, die den EU-Prozess zum Stillstand hatten bringen wollen. Bjarnason

erwiderte, der Außenminister sei eine „Stubenkatze“ der EU – soviel zur ausgewogenen Debatte.<sup>9</sup>

Am 21. Januar 2012 eröffnete die EU ihr Informationszentrum (Evrópastofa) in Reykjavík. Seine Einrichtung ist laut

**Die Tätigkeit des EU-Informationszentrums in Reykjavík wird von einer PR- und Werbeagentur aus Berlin geleitet.**

Anca Paduraru, Pressesprecherin für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, die alleinige Initiative und Verantwortung der Europäischen Kommission. Die Tätigkeit des Zentrums wird von einer PR- und Werbeagentur, Media Consulta in Berlin, geleitet, die mit einem isländischen Auftragnehmer zusammenarbeitet und bei der Europäischen Kommission unter Vertrag steht.<sup>10</sup> Die Kommission hat das Zentrum mit einer Gesamtsumme von 1,4 Millionen Euro für 2012 und 2013 ausgestattet.

Die Tätigkeit des Informationszentrums und vor allem das Engagement von EU-Botschafter Timo Summa sind stark kritisiert worden. In einer Kolumne der Zeitung *Morgunblaðið* hieß es, sein Auftreten sei „empörend“, da er durch Island reise und „unverhohlenen Propaganda“ für die Notwendigkeit eines EU-Beitritts der Isländer betreibe. Er wird vom Herausgeber, dem früheren Ministerpräsidenten Davíð Oddsson (Unabhängigkeitspartei), des Bruchs des Artikels 41 des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen beschuldigt, da er sich in die inneren Angelegenheiten Islands einmische.<sup>11</sup>

In den wenigen Wochen, die das Informationszentrum nun arbeitet, wurde offensichtlich, dass ein steiniger Weg vor jenen liegt, die es betreiben, vor allem da sie erklärt haben, es sei nicht ihre Aufgabe, die Isländer von einer rosigen Zukunft als Mitglied der Union zu überzeugen. Der vorläufig

9 | „Jón Bjarnason segir Össuri lítinn karl og líkir honum við ESB-húskött“ (Jón Bjarnason bezeichnet Össur als Zwerg und Stubenkatze der EU), *Evrópuvaktin*, 28.02.2012, [http://evropuvaktin.is/i\\_pottinum/22626](http://evropuvaktin.is/i_pottinum/22626) [17.04.2012].

10 | „Stækkunardeild ESB hefur fundaherferð um land allt á Akureyri – ræðir stöðuna í aðildarviðræðunum við Ísland – 117 m. kr. til kynningar á ESB í ár“ (Abteilung für EU-Erweiterung startet landesweite Diskussionsreihe in Akureyri – Diskussionen zu den Beitrittsverhandlungen mit Island – 117 Mio. Kronen EU-Förderung für Informationsmaßnahmen in diesem Jahr), *Evrópuvaktin*, 28.02.2012, <http://evropuvaktin.is/frettir/22620> [17.04.2012].

11 | „Sunnudagsmoggi: Reykjavíkurbref“, *Morgunblaðið*, 03.03.2012.

letzte Akt in der kurzen, aber bewegten Geschichte des Zentrums ist ein Brief an den Innenminister vom 7. März 2012, in dem er um seine Meinung zur Rechtmäßigkeit der Tätigkeit des Zentrums ersucht wurde.

Die EU-Parlamentarier bezogen auch Stellung zu einem neuen, kontrovers aufgenommenen Mediengesetz, das vom Althing am 20. April 2011 verabschiedet wurde, und regten im Sommer 2011 die damit befassten Ausschüsse des Parlaments zu einer Befassung mit dem legislativen Regelwerk an, das dieses Gebiet sowie die Eigentumskonzentration auf dem isländischen Medienmarkt und die Rolle des staatlichen isländischen Rundfunks auf dem Werbemarkt betrifft. Dies wurde als Aufforderung interpretiert, die Werbung im isländischen Rundfunk einzuschränken oder sogar ganz zu verbieten, die seit mehr als 80 Jahren ein integraler Bestandteil seiner Tätigkeit gewesen ist.

#### **DER IWF UND DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE 2012**

In der Entschließung des Europäischen Parlaments wird auf die wirtschaftliche Entwicklung Islands eingegangen. Die isländischen Behörden werden dazu aufgefordert, die nach wie vor beträchtlichen staatlichen Eingriffe auf dem Bankensektor in Angriff zu nehmen; sie werden angeregt, Bereiche wie die Energiewirtschaft, Luftreinhaltung, Verkehrswesen und Fischerei, die angesichts der besonderen Lage des Landes nach wie vor von ausländischer Konkurrenz geschützt werden; es werden in diesem Zusammenhang die Bemühungen unterstützt, die Ursachen für den Zusammenbruch des isländischen Wirtschafts- und Finanzsystems weiter zu beleuchten; es wird betont, dass eine Abschaffung des Protektionismus eine Voraussetzung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ist.

**Die isländischen Behörden werden dazu aufgefordert, die nach wie vor beträchtlichen staatlichen Eingriffe auf dem Bankensektor in Angriff zu nehmen.**

Island wird für seine gemeinsam mit dem IWF durchgeführte, erfolgreiche Umsetzung des Programms zur wirtschaftlichen Erholung gelobt, das eine fiskalische und wirtschaftliche Konsolidierung anstrebte. Es wird mit Befriedigung darauf hingewiesen, dass bereits bedeutende wirtschaftliche Fortschritte erzielt und auf dem Finanzsektor umfangreiche Umstrukturierungs- und Reformmaßnahmen angegangen wurden. Die isländischen Behörden werden

dazu ermutigt, in ihren Anstrengungen zur Senkung der Arbeitslosenquote und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit fortzufahren. Die Annahme der überarbeiteten Strategie zur Verstärkung der Kapital- bzw. Devisenkontrolle durch das Althing, die von den isländischen Behörden in Abstimmung mit dem IWF erarbeitet wurde, werden ebenso anerkannt wie der konstruktive Dialog zwischen Island und der EU auf diesem Feld. Die Verstärkung der Kapitalkontrolle als eine wichtige Voraussetzung für den Beitritt Islands zur EU wird erwähnt.

Die Beschreibung der wirtschaftlichen Lage Islands durch das EU-Parlament stimmt nicht ganz mit den Stellungnahmen und Schlüssen der IWF-Vertreter überein,

**Am 2. März 2012 gab der IWF eine Erklärung heraus, in der es hieß, Island habe seit der Krise vieles erreicht und die Wirtschaft sei wieder im Wachstum begriffen.**

die Island Ende Februar, Anfang März 2012 besuchten. Am 2. März 2012 gab der IWF eine Erklärung heraus, in der es hieß, Island habe seit der Krise vieles erreicht und

die Wirtschaft sei wieder im Wachstum begriffen. Andererseits bestünden weiterhin beträchtliche Probleme. Sie in Angriff zu nehmen bedinge eine ständige Begleitung durch politische Maßnahmen, verstärkte Koordinierung und festere politische Regelwerke. Prognostiziert wird eine relative Erholung. Mittelfristig würden die Rolle des Wachstumsmotors allmählich von der Inlandsnachfrage (beträchtliche Investitionen) auf die externe Nachfrage (bei steigenden Ausfuhren) übergehen. Bei dieser Bewertung waren jedoch sowohl externe wie auch hausgemachte Risikofaktoren im Spiel.

Die IWF-Vertreter machten auch deutlich, dass eine Verschärfung der Kapitalkontrolle eine entscheidende Herausforderung bleibt. Die Geschwindigkeit der Kapitalmarktliberalisierung hänge entscheidend von der Entwicklung der Zahlungsbilanz, einer angemessenen Ausstattung mit Reserven sowie einer Absicherung der finanziellen Stabilität ab. Angesichts der Unwägbarkeiten im globalen Maßstab sollte das Augenmerk auf einer weiteren Ausdehnung der Kapitalkontrolle über Ende 2012 hinaus liegen.<sup>12</sup>

12 | Internationaler Währungsfonds (Hrsg.), „Iceland – 2012 Article IV Consultation Concluding Statement of the IMF Mission“, 02.03.2012, <http://www.imf.org/external/np/ms/2012/030212.htm> [15.04.2012].

Die Kontrolle der Kapitalflüsse in Island war innerhalb des EWR als zeitlich begrenzte Maßnahme im Herbst 2008 akzeptiert worden. Wie lange diese „zeitliche Begrenzung“ ist, mag relativ sein, aber solche Maßnahmen laufen dem EU-Acquis zuwider und ihre Abschaffung ist eine unerlässliche Bedingung für einen Abschluss der Beitrittsgespräche.

## LANDWIRTSCHAFT

Bei der Beurteilung der Fähigkeit Islands, die Verpflichtungen einer Mitgliedschaft zu erfüllen, sehen die EU-Parlamentarier Island in der Pflicht, die Vorbereitungen für eine Anpassung an den EU-Acquis auszudehnen, vor allem in Bereichen, die nicht vom EWR abgedeckt werden, und seine Einführung und Durchsetzung zum Zeitpunkt des Beitritts zu gewährleisten. Dies ist ein kritischer Punkt, da es in diesem Zusammenhang eine ernste politische Debatte innerhalb der isländischen Regierungskoalition über die Frage gibt, was das bedeutet, zum Beispiel inwiefern die Struktur der isländischen Landwirtschaft sich im Zuge des Beitrittsprozesses ändern sollte. Der offiziellen isländischen Politik nach wird es keine Änderungen geben, bevor nicht das Ergebnis einer Volksbefragung über die abschließende Übereinkunft vorliegt. Die EU wiederum möchte zumindest einen detaillierten Zeitplan zu diesem Punkt vorliegen haben, bevor sie in den Verhandlungen das Kapitel über die Landwirtschaft aufschlägt.

**Die EU-Parlamentarier sehen Island in der Pflicht, die Vorbereitungen für eine Anpassung an den Acquis auszudehnen und seine Durchsetzung zum Zeitpunkt des Beitritts zu gewährleisten.**

Die EU-Parlamentarier erachten es als wichtig, dass Vorbereitungen dafür getroffen werden, dass die Verwaltungsstrukturen vom Tage des Beitritts an hinreichend an Islands volle Teilnahme an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) angepasst sind, wobei die Besonderheiten der isländischen Landwirtschaft berücksichtigt werden, insbesondere was die gegenwärtige Autarkie des Landes auf dem Lebensmittelsektor und den andauernden Prozess einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik betrifft.

Der Verband der isländischen Landwirte ist strikt gegen eine EU-Mitgliedschaft und hat sieben Stolpersteine in Form von Mindestforderungen für die EU-Verhandlungen vorbereitet. Der Verband verlangt eine dauerhafte Ausnahmeregelung hinsichtlich der Agrargesetzgebung der Europäischen

Union. Zeitlich befristete Ausnahmeregelungen genügen seiner Ansicht nach nicht zur Sicherung der zukünftigen Interessen der isländischen Landwirtschaft. Unklare und ziemlich vage Erklärungen seitens der Verhandlungspartner konnten den Verband nicht befriedigen, sie fordern einseitige Vorrechte als Bestandteil des Mitgliedsvertrages.

Die sieben Punkte zur Sicherung ihrer Interessen, die die Landwirte anführen, sind:

1. Islands Rechte zum Schutze des Wohls von Menschen, Tieren und Pflanzen;
2. Freiheit der Unterstützung der Landwirtschaft und der heimischen verarbeitenden Industrie;
3. eine Erlaubnis, landwirtschaftliche Erzeugnisse aus EU-Ländern mit einer Abgabe zu belegen;
4. das Recht der Absicherung der gesellschaftlichen Stellung und der Tätigkeit der Bauern;
5. Betrachtung Islands als eines einheitlichen landwirtschaftlichen Gebiets;
6. das Recht zu nachhaltiger Nutzung der natürlichen Ressourcen und zu üblichen Abwehrmaßnahmen gegenüber Raubtieren und Ungeziefer; und
7. die Unantastbarkeit der Eigentumsrechte von Bauern und Landbesitzern sowie deren sicherer Zugang zu landwirtschaftlich nutzbaren Flächen.<sup>13</sup>

**Der Außenminister sträubt sich dagegen, die Haltung der Bauern als offizielle Position Islands auszugeben.**

Die isländische Seite hat nichts über offizielle Verhandlungsthemen im Bereich der Landwirtschaft verlauten lassen. Hinter den Kulissen besteht Uneinigkeit über das Vorgehen.

Es wird sogar darüber gestritten, ob es in Abstimmung mit dem Bauernverband geschehen soll oder nicht. Der Außenminister sträubt sich dagegen, die Haltung der Bauern als offizielle Position Islands auszugeben in dem Wissen, dass sie von der EU kategorisch abgelehnt würde.

13 | Bændasamtök Íslands, „The minimum demands of the Farmers Association of Iceland in the negotiations with the European Union“, <http://bondi.is/lisalib/getfile.aspx?itemid=4815> [02.04.2012].



## FISCHEREIPOLITIK

Die politischen Parteien Islands stimmen in Fragen der Landwirtschaft nicht überein, wobei die Allianz die Interessen der Bauern am wenigsten vertritt. Für das Fischereiwesen gilt dies nicht, obgleich die Parteien sich bei der Gesetzgebung zur inländischen Behandlung des Fischereiwesens uneins sind und die Vorschläge der Regierung zu dieser Frage die isländische Gesellschaft als Ganzes spalten. Alle politischen Parteien stimmen darin überein, dass die Fischereirechte Islands verteidigt werden müssen. Ein Mehrheitsgutachten des Außenpolitischen Ausschusses des Althing stellt fest, „dass das Fischereiwesen der wichtigste Punkt bei den erwarteten Beitrittsverhandlungen mit der EU sein wird“.<sup>14</sup>

**Ein Gutachten des Althing stellt fest, „dass das Fischereiwesen der wichtigste Punkt bei den erwarteten Beitrittsverhandlungen mit der EU sein wird“.**

Eine Mehrheit glaubt, ein gangbarer Weg zur Aufrechterhaltung der Kontrolle innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone Islands („200-Meilen-Zone“) und einer Fläche von 758.000 Quadratkilometern könnte es für die isländischen Behörden sein, sie als besonderes isländisches Fischbewirtschaftungsgebiet auszuweisen. Ausländische Fischerboote hätten dann kein Recht, auf Fischbestände innerhalb des Gebietes zuzugreifen. In diesem Zusammenhang verweist eine Mehrheit auf das VN-Seerechtsübereinkommen, das nur als ein Mittel zur Sicherung grundsätzlicher Rechte betrachtet werden kann, die nicht auf der Basis von EU-Regelungen geschmälert werden können, wie etwa der Souveränität eines Amtsbereichs mit einer 200 Seemeilen umfassenden Fischereizone. Die Mehrheit sieht es zudem als sehr wichtig an, dass Island weitmöglichst das Recht behält, über die Behandlung gebietsübergreifender Fischbestände zu verhandeln und damit so weit wie möglich das Recht auf Fischerei in diesen Beständen zu sichern, da gebietsübergreifende Fischbestände für diesen Sektor zunehmend wichtig werden. Nach Ansicht der isländischen Parlamentarier müssen durch direkten Zugang zu einem solchen Verhandlungsprozess Wege gefunden werden, die isländischen Interessen zu schützen.

14 | „Committee Report on a Proposal for a Parliamentary Resolution on Application for Membership of the European Union“, 18, [http://europe.mfa.is/media/MFA\\_pdf/Foreign-Affairs-Committee-report.pdf](http://europe.mfa.is/media/MFA_pdf/Foreign-Affairs-Committee-report.pdf) [15.04.2012].

Die Mehrheit des Althing möchte nicht, dass Island in internationalen Verhandlungen über Fischerei und Seerecht durch die EU repräsentiert wird, „da die grundlegenden wirtschaftlichen Belange der Nation auf dem Spiel stehen“. Was ausländische Investitionen in die Fischerei angeht, betrachtet es die Mehrheit als von grundlegender Bedeutung, sich bezüglich der isländischen Verhandlungsposition genau mit der Fischereibranche abzustimmen. Gleichzeitig betrachtet es die Mehrheit als vorrangigste Verpflichtung der isländischen Unterhändler, dafür zu sorgen, dass die Erträge aus der Fischerei in Island verbleiben. „Es gäbe demnach keinen Rahmen, in dem ausländische Fischereibetriebe in Island in einer Weise investieren könnten, dass die Nutzung der Ressourcen außerhalb des Landes stattfindet und die erwirtschafteten Erträge nicht dem Land zugute kommen“, lautet das Fazit der Mehrheit im Außenpolitischen Ausschuss des Althing. Eine Minderheit ist jedoch gegen jedwede Diskussion mit der EU in der Fischereifrage.

Die europäischen Parlamentarier sind diplomatischer als ihre isländischen Kollegen, indem sie in ihrer Entschließung die Tatsache einbeziehen, dass sowohl die Gemeinsame

**Island kann keine sinnvolle Diskussion in der EU in Sachen Fischerei erwarten, bevor eine neue Gemeinsame Fischereipolitik ausgearbeitet ist.**

Fischereipolitik der EU als auch die isländische Fischereipolitik derzeit überarbeitet werden. Sie rufen Island und die EU dazu auf, sich diesem Verhandlungskapitel konstruktiv anzunähern und dabei das Erreichen einer

beide Seiten zufriedenstellenden Lösung für eine nachhaltige Bewirtschaftung und Nutzung der Fischbestände innerhalb des dann anzuwendenden Acquis im Blick zu haben. Mit anderen Worten, Island kann keine sinnvolle Diskussion innerhalb der EU in Sachen Fischerei erwarten, bevor eine neue Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) ausgearbeitet oder angenommen ist. Dies läuft allen Versuchen zuwider, zu einem raschen Abschluss der Gespräche mit der EU zu kommen. Niemand weiß, wann die GFP angenommen wird, wenn auch das Jahr 2013 dafür anvisiert wird.

## **DER MAKRELENSTREIT**

Die europäischen Parlamentarier fordern Island und die übrigen Küstenstaaten – die Färöer, Norwegen sowie die EU – auf, die Verhandlungen zur Beilegung des Makrelenstreits fortzusetzen. Dieser zieht sich bereits über einige

Jahre hin, seit die Makrelen wegen des Klimawandels begannen, weiter nordwärts zu ziehen und dabei die Gewässer der EU (Irland und Schottland) zu verlassen. Isländische Fischer begannen, die Bestände im Wettbewerb mit ihren Nachbarn zu nutzen. Da unter den vier Küstenanrainern keine Einigung erzielt wurde, gelten für ihre Fischer einseitig festgelegte Fangquoten. Das letzte Treffen mit dem Ziel einer Einigung über die Fangquoten für 2012 fand vom 14. bis 16. Februar 2012 in Reykjavík statt. Es führte zu keinem Ergebnis.

Nach dem Treffen drückten Maria Damanaki, EU-Kommissarin für maritime Angelegenheiten und Fischerei, und Norwegens Fischereiministerin Lisbeth Berg-Hansen ihre Enttäuschung und tiefe Besorgnis aus. Sie sagten, die EU und Norwegen hätten die Makrelenbestände auf eine solide Grundlage gestellt. Diese Nachhaltigkeit sei angesichts neuer und einseitig beschlossener Fischereitätigkeit durch Island und die Färöer direkt bedroht. Die isländische Makrelenfischerei stieg von einer Fangmenge nahe Null im Jahre 2006 auf 156.802 Tonnen in der isländischen Fischereizone 2011, während die färöischen Fänge sich innerhalb von zwei Jahren versechsfachten und im selben Jahr 150.000 Tonnen betrug. Würden die EU und Norwegen bei der Festsetzung der Fangquoten so verfahren wie Island und die Färöer, würde der Druck auf die Bestände völlig außer Kontrolle geraten. Solche Entwicklungen waren nach Ansicht der Union und Norwegens mit einer nachhaltigen Bewirtschaftung unvereinbar und eine Verletzung internationaler Verpflichtungen Islands und der Färöer zur Zusammenarbeit mit anderen Stellen.<sup>15</sup>

Ohne ein Übereinkommen werden die Fangmengen für Makrelen 2012 denen von 2011 ähneln. Die isländische Fangmenge betrug 16 bis 17 Prozent, die die EU auf etwa sechs Prozent reduzieren möchte. Würde Island der EU beitreten, wäre es Sache der Kommission, über die isländische Fangquote zu bestimmen, denn die EU würde dann anstelle Islands Anrainerstaat werden und alle Rechte und Pflichten

**Würde Island der EU beitreten, wäre es Sache der Kommission, über die isländische Fangquote zu bestimmen.**

15 | Europäische Kommission (Hrsg.), „Joint Statement of Commissioner Damanaki and Norwegian Minister Berg-Hansen on mackerel“, 16.02.2012, [http://ec.europa.eu/fisheries/news\\_and\\_events/press\\_releases/2012/20120216/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/fisheries/news_and_events/press_releases/2012/20120216/index_en.htm) [15.04.2012].

übernehmen, die bislang nach dem VN-Seerechtsübereinkommen bei Island liegen. Schotten und Iren haben gefordert, die EU solle ein Anlandeverbod und ein Handelsembargo verhängen, um Island und die Färöer zu bestrafen. Dies ist nicht geschehen, aber es steht zu erwarten, dass Iren oder Briten ihr Vetorecht im Rat der Europäischen Union nutzen werden, um den isländischen Beitrittsprozess zum Erliegen zu bringen, bis eine Lösung im Makrelenstreit gefunden ist. Eine andere Argumentation könnte aber auch die sein, Island in die EU zu locken und dann die Kontrolle der Makrelenfischerei zu übernehmen.

Der Blick auf den Makrelenstreit und die Wünsche einer Mehrheit des Außenpolitischen Ausschusses des Althings hinsichtlich eine Sonderzone um Island und des Vorbehalts eines isländischen Rechtes, über die Bewirtschaftung gebietsübergreifender Fischbestände wie der Makrele zu verhandeln, macht deutlich, wie schwierig es sein wird, eine gemeinsame Basis zu finden, die zu einer Übereinkunft führt. Unterschiedliche Auffassungen zwischen der EU und Island bestehen auch in der Frage des Walfangs. Die EU-Parlamentarier verweisen darauf, dass das Walfangverbot Teil des EU-Acquis ist, und regen eine breitere Diskussion über eine Abschaffung des Walfangs und des Handels mit Walprodukten an. Der Walfang ist eine heikle politische Frage in Island, denn er genießt großen Rückhalt in der Öffentlichkeit.

**Der Walfang ist eine heikle politische Frage in Island, denn er genießt großen Rückhalt in der Öffentlichkeit.**

Dieser Streifzug durch die Bereiche strittiger Fragen in den Verhandlungen zwischen Island und der EU zeigt auf, dass es viele Hürden zu überwinden gibt, bevor ein endgültiges Ziel erreicht werden kann. Sofern man nicht dem Projekt Europa verpflichtet ist und es aufgrund politischer Überzeugungen für politisch notwendig hält, sich daran zu beteiligen, gelangt man leicht zu dem Schluss, dass für Island das EWR-Übereinkommen günstiger ist als ein Beitritt zur Union. Die Zukunft des Europäischen Projekts aber erscheint heute weniger klar als zu dem Zeitpunkt, als Island seinen Antrag auf Mitgliedschaft stellte.

## NÄHE ZU NORDAMERIKA

Es sind keine sicherheitspolitischen Interessen, die Island zur EU hinführen, da es ein Mitglied der NATO mit sehr engen Banden zu den Vereinigten Staaten ist, die auf einem beiderseitigen Verteidigungsabkommen von 1951 beruhen. In jüngerer Zeit gerieten darüber hinaus die Beziehungen mit Kanada besonders stark ins Blickfeld. Dort leben fast so viele Menschen isländischer Herkunft wie in Island selbst. Eine einflussreiche Lobby verbreitet den Gedanken, die Krone durch den Kanadischen Dollar zu ersetzen. In einer neueren Umfrage erklärten sieben von zehn Isländern, sie würden ihre anfällige und unsichere Krone bereitwillig für eine andere Währung aufgeben. Dabei wurde der Kanadische Dollar als Alternative deutlich gegenüber dem US-Dollar, dem Euro und der Norwegischen Krone bevorzugt.<sup>16</sup>

Am 2. März gab der kanadische Botschafter in Island, Alan Bones, ein Interview im staatlichen isländischen Rundfunk und sagte, „im Falle einer offenherzigen, einseitigen Annahme des Kanadischen Dollars durch Island und wenn dabei klar ist, dass es keine Auswirkungen auf die Währungspolitik gibt, sind wir selbstverständlich bereit, über diese Angelegenheit zu reden“.<sup>17</sup> Diese Aussage führte zu einem Interesse der Isländer am Kanadischen Dollar, und die Diskussion über eine wie auch immer geartete währungspolitische Zusammenarbeit wird sicherlich weitergehen.

## DIE ARKTIS

Jede Diskussion mit Kanada wird auch das gemeinsame isländisch-kanadische Interesse an der Arktis widerspiegeln. Die Kanadier haben wegen des EU-Embargos gegen Robbenprodukte jedes formelle Engagement der EU in Fragen der Arktis abgelehnt, z.B. den Status eines Ständigen Beobachters im Arktischen Rat. Kurz gesagt scheint es hier seitens der EU einen völligen Mangel an Verständnis für die

**Die Kanadier haben wegen des EU-Embargos gegen Robbenprodukte jedes formelle Engagement der EU in Fragen der Arktis abgelehnt.**

16 | „A loonie idea – A rival to the euro“, *The Economist*, 10.03.2012, <http://economist.com/node/21549967> [16.04.2012].

17 | Dana Flavelle, „Iceland’s yen for loonie causes diplomatic embarrassment“, *Thestar.com*, 02.03.2012, <http://thestar.com/business/article/1140013--iceland-s-loonie-idea-adopting-canadian-currency> [16.04.2012].

Notwendigkeit zu geben, das nordatlantische und arktische Kulturerbe und die Lebensgrundlage der nordischen Völker anzuerkennen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, die Haltung der EU gegenüber Island aufgrund seiner geografischen Lage zu betrachten. In ihrer Entschließung sprechen die europäischen Parlamentarier davon, „dass der Beitritt Islands zur EU die Aussichten der Union erheblich verbessern würde, eine aktivere und konstruktivere Rolle in Nordeuropa und in der Arktis zu spielen und damit einen Beitrag zur multilateralen Verwaltung und zu nachhaltigen politischen Lösungen in dieser Region zu leisten, da die Herausforderungen, die sich der arktischen Umwelt stellen, von gemeinsamem Interesse sind.“<sup>18</sup> Sie glauben zudem, „dass Island ein strategischer Brückenkopf in der Region werden könnte und sein Beitritt zur EU die europäische Präsenz im Arktischen Rat weiter verankern würde“. Island ist zusammen mit den Vereinigten Staaten, Kanada, Grönland/Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Russland Mitglied des Arktischen Rates.

**Es ist offenkundig, dass die EU es als positiven Schritt für eine Stärkung ihrer Stellung in der Arktis sieht, Island als Mitglied zu gewinnen und damit ein Arktisanrainer zu werden.**

Von diesen acht Ländern sind fünf Anrainer der Arktis (USA, Kanada, Grönland/Dänemark, Norwegen und Russland). Es ist offenkundig, dass die EU es als positiven Schritt für eine Stärkung ihrer Stellung in

der Arktis sieht, Island als Mitglied zu gewinnen und damit ein Arktisanrainer zu werden, wenn auch keiner der fünf erwähnten. Die isländische Regierung hat gegen separate Treffen der Fünfergruppe, auf denen Fragen von gemeinsamem Interesse erörtert werden, protestiert, aber ohne Erfolg.

Es verdient Beachtung, dass eine Entschließung für eine isländische „Nordpolitik“, vom Althing im März 2011 beschlossen, Islands Entschlossenheit bekräftigt hat, eine aktive Rolle als Arktisanrainer zu spielen. Die Frage, die in den Beitrittsgesprächen zu klären ist, lautet, ob Island oder die EU der Anrainer werden wird. Die europäischen Parlamentarier sind der Auffassung, „dass der Beitritt Islands zur EU sowohl die Stimme der EU in der Arktis als auch die nordatlantische Dimension der externen Politikbereiche der Union verstärken würde“.<sup>19</sup> Nach alledem scheint

18 | Europäisches Parlament, Fn. 5.

19 | Ebd.

offenkundig, dass Brüssel Island als Trittstein Richtung Arktis betrachtet, während die isländische Regierung bei der Annäherung an die EU zumindest gegenüber der eigenen Bevölkerung den Anschein erweckt, auch im Falle eines Beitritts bliebe das Profil des Landes gewahrt.

## FAZIT

Bezüglich der Zukunft der Europäischen Union sind neue Stimmen zu vernehmen. Es gibt solche, die für ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ eintreten und damit die Entwicklung einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen einigen Mitgliedstaaten meinen, wobei sie Ziele verfolgen, die allen EU-Mitgliedstaaten gemeinsam sind, da es letztlich eben jene Ziele sind, die in den EU-Verträgen genannt werden.<sup>20</sup> Daneben gibt es auch Vertreter der Idee eines „größeren Europa“, im Rahmen dessen die Türkei, Norwegen, die Schweiz und Island aufgefordert werden sollen, sich an Gesprächen über das wirtschaftliche und politische Profil eines größeren Europa zu beteiligen, an dem sie und die EU-Mitgliedstaaten alle ihren Anteil hätten. Dieser lockere Zusammenschluss hätte als Kern die Gesetzgebung des EU-Binnenmarktes, aber es würde weder einen freien Verkehr von Arbeitskräften noch eine gemeinsame Agrar- oder Fischereipolitik bedeuten.<sup>21</sup> Die isländischen Interessen wären in einem „größeren Europa“ besser aufgehoben als in einem der „zwei Geschwindigkeiten“.

**Die isländischen Interessen wären in einem „größeren Europa“ besser aufgehoben als in einem der „zwei Geschwindigkeiten“.**

Es ist klar, dass die Beitrittsgespräche noch andauern werden, wenn die jetzige Legislaturperiode des Althing im April 2013 endet. Die Unabhängigkeitspartei verabschiedete, laut Gallup-Umfrage vom Mai 2012 mit einem Rückhalt in der Bevölkerung von 33 Prozent, auf ihrem Parteitag im November 2011 eine Entschliebung, in der es heißt: „Die Unabhängigkeitspartei ist der Auffassung, dass die Interessen Islands außerhalb der Europäischen Union besser gewahrt werden können, und unterstützt die Beitrittsgespräche der Regierung nicht. Das EWR-Übereinkommen ist die beste Art, die Zusammenarbeit mit der EU zu verstärken.“

20 | Jean-Claude Piris, *The Future of Europe*, Cambridge University Press, 2012, 6.

21 | David Owen, „At last, we can have it both ways on Europe“, *The Spectator*, 25.02.2012, 12.

Die Unabhängigkeitspartei hat darauf hingewiesen, dass es nicht klug sei, einen Antrag auf Mitgliedschaft einzureichen ohne einen breiten öffentlichen Konsens und ohne klare Verhandlungsziele. Dieser Hinweis blieb unbeachtet, und nun sind die Verhandlungen aufgrund der Verwerfungen innerhalb der Regierung festgefahren. Der Parteitag spricht sich dafür aus, die Beitrittsgespräche mit der EU auszusetzen und nicht wieder aufzunehmen, bevor sie nicht in einer Volksbefragung gebilligt werden.“<sup>22</sup>

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass diese Politik vor den Wahlen EU-freundlicher wird. Die Partei kann keinem Regierungsbündnis beitreten, ohne die aktuellen Gespräche mit der EU auszusetzen. Die Allianz (18,7 Prozent im Mai 2012) ist die einzige politische Partei in Island, die eine EU-Mitgliedschaft befürwortet. Sollte sie nach den nächsten Wahlen an der Macht bleiben, müsste sie entweder mit der Unabhängigkeitspartei zusammenarbeiten oder mit zwei oder drei der kleineren Parteien. Die Fortschrittspartei (12 Prozent im Mai 2012) und die Links-Grünen (11,5 Prozent im Mai 2012) sind gegen eine EU-Mitgliedschaft. Voraussichtlich werden zu den nächsten Wahlen neue Kräfte und entsprechende Kandidaten die politische Bühne betreten; vielleicht werden sie die Beitrittsgespräche fortsetzen wollen, aber keiner von ihnen wird sich für eine EU-Mitgliedschaft aussprechen. Unter diesen Umständen bleibt Island offensichtlich ein ziemlich widerspenstiger Kandidat für eine EU-Mitgliedschaft.

22 | „Ályktun um utanríkismál“ (Beschluss zu auswärtigen Angelegenheiten), Beschlusspapier der Unabhängigkeitspartei auf dem 40. Parteitag, 17.-20.11.2011, <http://xd.is/media/xd/landsfundur-2011/alyktanir/Utanrikismal-samthykkt-pdf.pdf> [17.04.2012].